

Berichterstattung des Vorstands und des Aufsichtsrats zur Corporate Governance

§ 161 AktG verpflichtet den Vorstand und den Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften jährlich zu erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden. Die Erklärung nach § 161 AktG ist den Aktionären börsennotierter Gesellschaften dauerhaft zugänglich zu machen. Als nicht börsennotierte Gesellschaft und mit Blick darauf, dass die für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit geltenden Vorschriften keine Anwendung des § 161 AktG statuieren, ist die HALLESCHE Krankenversicherung nicht zur Abgabe der so genannten Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG verpflichtet. Der Deutsche Corporate Governance Kodex (der „Kodex“) empfiehlt jedoch auch nicht börsennotierten Gesellschaften die Beachtung des Kodex.

Vorstand und Aufsichtsrat haben festgestellt, dass die im Kodex dargestellten wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften sowie die dort aufgezeigten international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung mit den Unternehmensführungsgrundsätzen der HALLESCHE Krankenversicherung weitgehend übereinstimmen.

Vorstand und Aufsichtsrat der HALLESCHE Krankenversicherung erklären hiermit, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“, soweit nicht rechtsformspezifische Gründe der Anwendung entgegenstehen oder eine modifizierte Anwendung verlangen, entsprochen wurde und wird. Die folgenden Empfehlungen des Kodex in der Fassung vom 14. Juni 2007 wurden und werden nicht angewendet:

1. In der D&O-Versicherung (Vermögensschadenhaftpflicht-Versicherung von Vorständen und Aufsichtsräten) ist kein Selbstbehalt vereinbart (Ziffer 3.8 Absatz 2).
2. Einen individualisierten Ausweis der Vergütung der Vorstandsmitglieder (Ziffer 4.2.4) und der Aufsichtsratsmitglieder (Ziffer 5.4.7 Absatz 3) nehmen wir nicht vor. Die Gesamtbezüge von Vorstand und Aufsichtsrat werden im Anhang zum Jahresabschluss getrennt ausgewiesen (Ziffern 4.2.5 und 5.4.7 Absatz 3).
3. Die Einrichtung eines Prüfungsausschusses (Ziffer 5.3.2 Satz 1) und die Bildung eines Nominierungsausschusses (Ziffer 5.3.3) erachten wir aufgrund der überschaubaren Zahl der Mitglieder unseres Aufsichtsrats als nicht geboten.
4. Eine besondere Vergütung für die Mitgliedschaft in einem Ausschuss ist für die Mitglieder des Aufsichtsrats nicht vorgesehen (Ziffer 5.4.7 Absatz 1 Satz 3).
5. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste Vergütung (Ziffer 5.4.7 Absatz 2 Satz 1).

Stuttgart, den 5. Dezember 2007

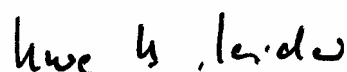
Stuttgart, den 6. Dezember 2007

Der Vorstand



Stertenbrink
Vorsitzender

Der Aufsichtsrat



Univ.-Prof. Dr. Schneider
stv. Vorsitzender